

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 28 (1949)
Heft: 10

Artikel: Der Atlantikpakt und die westeuropäische Sozialdemokratie
Autor: Braunthal, Julius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336229>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JULIUS BRAUNTHAL

Der Atlantikpakt und die westeuropäische Sozialdemokratie

London, im Oktober 1949.

Der Abschluß des Atlantikpakt war ein Ereignis, das nicht allein in der politischen Geschichte der Staaten Europas und Amerikas, sondern auch in der Geistesgeschichte des internationalen Sozialismus als ein Wendepunkt von den Historikern künftiger Zeiten verzeichnet werden wird.

Die politische Bedeutung dieses Ereignisses wurde natürlich sofort richtig gewürdigt. Man begriff den Pakt als ein militärisches Defensivbündnis der westlichen Staaten Europas und der Vereinigten Staaten Amerikas und Kanadas gegen eine weitere Expansion Sowjetrußlands — eine Allianz, die den ungeheuren Kräftezuwachs Rußlands nach 1945 durch eine militärische und wirtschaftliche Integrierung Westeuropas und Nordamerikas auszubalancieren bestimmt ist.

Aber diese Allianz richtet sich nicht allein gegen den Expansionsdrang des russischen Staates, sondern vor allem gegen das ökonomische, soziale und politische System, auf dem dieser Staat beruht; es ist eine Allianz gegen das totalitäre System des Kommunismus, das in Rußland sein dominierendes Zentrum besitzt, aber das auch in Westeuropa und im Fernen Osten ein gewaltiger Machtfaktor ist.

Daß diese anti-kommunistische Allianz von den kapitalistischen, konservativen und reaktionären Gesellschaftsschichten mit Sympathie begrüßt wurde, ist daher nicht überraschend. Aber diese Allianz wurde auch von den Arbeitermassen Westeuropas und Amerikas akzeptiert und in Westeuropa von sozialistischen Regierungen oder Regierungen mit sozialistischen Koalitionspartnern unterzeichnet. Ohne die Zustimmung der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien wäre die Allianz nicht abgeschlossen und von den Parlamenten nicht ratifiziert worden.

Die Sozialdemokraten aller Länder hatten von Anbeginn der bolschewistischen Revolution das kommunistische System bekämpft. Aber sie hatten es mit geistigen Waffen bekämpft. Die bolschewistische Revolution in Rußland erschien den Sozialdemokraten als ein Verrat an den demokratischen Grundsätzen, die bis zum November 1917 von den Sozialisten aller Richtungen — Marxisten wie Reformisten, Bolschewiki wie Menschewiki — als ein Wesenselement der sozialistischen Idee begriffen wurden. Die Ausmerzungen der persönlichen und geistigen Freiheit im Kristallisationsprozeß der terroristischen Diktatur empfanden die Sozialdemokraten schlechtweg als die Verneinung alles dessen, wofür sie in ihrer ganzen Geschichte mit Blutopfern ohne Zahl gezeugt hatten. Mit dieser sozialistischen Methode konnten sie sich nicht versöhnen; sie lehnten sie ab.

Aber sie wünschten keinesfalls die Aufspaltung der sozialistischen Bewegung in zwei feindliche Heerlager. Die Spaltung lag niemals in den Absichten der Sozialdemokraten; sie war das Werk Lenins und der von ihm gegründeten Kommunistischen Internationale. Die Geschichte der europäischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen war von ihrem aufrichtigen Willen geleitet, den Abgrund zwischen Sozialisten

und Kommunisten zu überbrücken und die Zweite und Dritte Internationale in einer weltumspannenden sozialistischen Arbeiterinternationale zu vereinigen.

Diese Bestrebungen waren keineswegs allein von unmittelbar drängenden politischen Motiven beherrscht. Die politischen Motive waren freilich gewichtig genug, um diese Haltung zu rechtfertigen. Die Spaltung hatte die Kraft der Arbeiterklasse überall gelähmt. An der Spaltung der Arbeiterklasse ist im letzten Grunde die deutsche Revolution gescheitert, und viele Sozialisten erkannten mit unheimlicher Klarheit lange vor Hitlers Aufstieg zur Macht, daß ohne die Ueberwindung der Spaltung der Faschismus am Ende triumphieren würde.

Zu diesen politischen Motiven gesellten sich jedoch auch sehr ernste ideologische Erwägungen. Manche Sozialdemokraten sahen im Kommunismus eine Methode der Verwirklichung der sozialistischen Idee, eine Methode, die der russischen Arbeiterklasse durch die eigenartigen historischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen ihres Landes aufgezwungen worden war.

Die Bolschewiki — eine winzige Minderheit des russischen Volkes — kamen durch eine Verkettung revolutionärer Umstände zur Macht: in einem halbfeudalen Agrarland mit den ersten Ansätzen einer modernen kapitalistischen Großindustrie; in einem Lande, das liberale und demokratische Traditionen niemals gekannt und ein starkes, selbstbewußtes Bürgertum nicht entwickelt hatte; in einem Land, dessen Arbeiterklasse, verhältnismäßig gering an Zahl, noch in dem Dorfe, dem sie entstiegen war, verwurzelt blieb, und dessen hundertmillionenköpfige Bauernschaft in der geistigen Dumpfheit des Analphabetismus und des mittelalterlichen Aberglaubens dahinvegetierte. Der unvermittelte Übergang vom zaristischen Despotismus zur Demokratie könnte, so sagten sich manche Sozialisten, zur Todesgefahr für die Revolution werden. Überdies erschien der rapide Umbau dieses halbfeudalen Agrarlandes in ein sozialistisches Industrieland ohne die Zwangsgewalt einer Diktatur kaum vorstellbar. Endlich sagte man sich, daß angesichts der ungeheuren sozialen Gärung und der furchtbaren wirtschaftlichen Zerrüttung, die Rußland in den Jahren der Revolution und Bürgerkriege erschütterten, das Land nicht vor der Wahl zwischen einer terroristischen kommunistischen Diktatur und einer Demokratie, sondern zwischen einer terroristischen kommunistischen Diktatur und einer terroristischen gegenrevolutionären Diktatur stand.

Aus dieser Auffassung schöpften viele Sozialdemokraten die Hoffnung, daß die kommunistische Diktatur, die aus Krieg und wirtschaftlicher Zerrüttung hervorgegangen war und sich unter der Bedrohung durch äußere Feinde gefestigt hatte, ihre Schärfe verlieren und sich in der Linie der Demokratie entwickeln würde, wenn sich Rußland nicht mehr bedroht fühlen und seine Produktivkräfte entwickelt haben würde.

Diese Erwartungen wurden freilich nicht einhellig von den Sozialdemokraten geteilt. Karl Kautsky vertrat von Anfang an die Theorie, daß die Bolschewiki, indem sie in einem Agrarland mit Gewalt die Macht ergriffen, sich nicht allein an den Grundsätzen der Demokratie versündigt, sondern sich auch in eine Sackgasse verrannt hatten, aus der es ohne den Sturz des bolschewistischen Regimes keine Rückkehr zur Demokratie gibt.

Otto Bauer war jedoch, trotz schärfster Kritik an der bolschewistischen Diktatur, davon überzeugt, daß auch das bolschewistische Rußland unter dem Druck der Massen gezwungen werden würde, graduell irgendwelche Formen demokratischer Selbstbestimmung zu entwickeln, sobald sich die Diktatur als Instrument der Abwehr äußerer Gefahren und der Erschließung der Produktivkräfte des Landes als überflüssig erweisen sollte. Diese Auffassung durchdrang — zumindest als ein Gefühl — große Arbeiter-

massen in England, in Österreich, selbst in Deutschland und — wenn ich mich nicht irre — auch in der Schweiz.

Aber auch in den sozialdemokratischen Parteien, in denen Kautskys Auffassung vorherrschte, wie zum Beispiel im Mehrheitsflügel der deutschen Sozialdemokratie und in den sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Polens, Ungarns, Finnlands und den baltischen Staaten, gab es keine Meinungsverschiedenheit über die besondere Stellung Rußlands im revolutionären Prozeß unserer Zeit. So wahr es ist, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder die terroristische, kommunistische Diktatur kompromißlos bekämpften, so wahr ist es auch, daß sie 30 Jahre hindurch — vom Beginn der bolschewistischen Revolution im November 1917 bis zum kommunistischen Putsch in der Tschechoslowakei im Februar 1948 — in der Sowjetunion das große Land der proletarischen Revolution sahen — das erste und einzige in der Welt, das tatsächlich den Privatkapitalisten die Produktionsmittel entrissen und sie in Gemeineigentum übergeführt, die kapitalistische Wirtschafts-anarchie durch eine Planökonomie überwunden und das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen zerbrochen hat.

Aus dieser Auffassung ergab sich die Haltung der sozialistischen Internationale gegenüber einer kriegerischen Bedrohung der Sowjetunion. Wie Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Demokraten aller Länder, ungeachtet des revolutionären Terrors, den sie beklagten, solidarisch zum Frankreich der Revolution standen, so standen von 1917 an die Sozialdemokraten aller Länder, trotz schärfster Ablehnung des terroristischen Systems der Kommunisten, solidarisch zum Rußland der Revolution. Es war ein auf allen internationalen Kongressen immer wieder proklamiertes Axiom internationaler sozialistischer Politik, sich einer militärischen Intervention der kapitalistischen Mächte im kommunistischen Rußland mit allen Kräften zu widersetzen. Obwohl — zu Recht oder Unrecht — Stalins Nichtangriffspakt mit Hitler von den Sozialisten der Welt als schnöder Verrat an der Demokratie und der europäischen Arbeiterklasse, und Stalins Krieg gegen Finnland im Winter 1939/40 als ein unverhüllter Angriffskrieg empfunden wurde, protestierten die englischen Sozialisten gegen Pläne der damals konservativen britischen Regierung, Finnland gegen Rußland militärisch zu unterstützen.

Dieses Axiom internationaler sozialistischer Politik hat nun seine Gültigkeit verloren; es wurde zwar nicht in aller Form widerrufen, aber praktisch aufgehoben, als die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien in den Parlamenten für den Atlantikpakt stimmten.

Der Pakt ist von der Idee getragen, ein wesentliches Element der Bedrohung des Friedens zu eliminieren — die militärische Schwäche Westeuropas. Diese hat ein Vakuum unverteidigter Räume geschaffen, das eine so kolossale Militärmacht wie die Rußlands magnetisch anziehen muß. Erst wenn dieses Vakuum geschlossen und das Gleichgewicht der militärischen Kräfte wiederhergestellt ist, sind die machtpolitischen Voraussetzungen gegeben, sich mit Rußland über eine stabile Friedensordnung Europas zu verständigen. Zu dieser Überlegung kam die englische Arbeiterregierung, als ihre unausgesetzten Bemühungen um eine Verständigung mit Rußland gescheitert waren. Nun näherte sie sich dem Gedanken, den Frieden durch bewaffnete Macht zu sichern. Auf diesem Gedanken beruht der Atlantikpakt.

Aber der Pakt, der in der Verteidigung des Friedens seinen Zweck sucht, schließt die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Paktmächten und Rußland keineswegs aus. Durch ihre Zustimmung zum Pakt haben die sozialistischen Parteien Westeuropas bekundet, daß

sie im Kriegsfall nicht, wie bisher, solidarisch zu Rußland stehen, sondern im Bündnis mit Amerika gegen Rußland kämpfen würden¹.

Es wäre müßig, darüber zu spekulieren, wie sich die Arbeitermassen Westeuropas im Falle eines Krieges gegen Rußland tatsächlich verhalten würden. Denn sollte das Fürchterliche geschehen, sollte ein dritter Weltkrieg unser unglückliches Europa heimsuchen, dann könnte auch eine Widerstandsbewegung innerhalb der Arbeiterklasse den unentrinnbaren Effekt des Krieges nicht aufheben — eine materielle, geistige und moralische Verwüstung, die jede Hoffnung auf eine sozialistische Welt für Generationen vernichten würde. Allein aus diesem Grund kennt die Außenpolitik der europäischen Sozialdemokratie kein anderes Ziel als die Bewahrung des Friedens — dies allein ist ihr Inhalt, darin allein sieht sie ihre höchste und größte Aufgabe. Und in der Erfüllung dieser Aufgabe vertritt sie nun die Idee des Atlantikpaktes — eine bewaffnete Allianz vorwiegend kapitalistischer Mächte gegen das kommunistische Rußland.

Viele Sozialisten sind sich des tragischen Konfliktes bewußt, in den sie durch die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem kommunistischen Rußland und der westeuropäischen Sozialdemokratie verstrickt wurden. Es war der kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei im Februar 1948, der jeden Zweifel über die Notwendigkeit dieser Wendung in der Außenpolitik der Sozialdemokratie außer Frage stellte.

Bis zu diesem Putsch hatten sich viele Sozialisten, vor allem in England, trotz innerer oder öffentlicher Proteste, mit der Aufrichtung kommunistischer Diktaturen in den Oststaaten Europas abgefunden. Sie waren bis zum Kriege von faschistischen oder halbfaschistischen Regierungen beherrscht, die sich mit Gusto im Jahre 1941 ohne jedwelche Provokation auf das ihnen verhaßte Sowjetrußland stürzten; und auch die polnische Militärdiktatur hätte sich gerne in diese antirussische Kriegsfront eingefügt, hätte Hitler irgendeine Möglichkeit gesehen, die Ukraine zu erobern, ohne vorher Polen zu unterwerfen. Es war begreiflich, daß die siegreiche Sowjetunion diese Staaten an ihrer Westgrenze in ihre Einflußsphäre einzugliedern wünschte, um diese Bedrohung ihrer Sicherheit ein für allemal auszumerzen. Und da in diesen agrarischen, halbfeudalen Ländern, wie in Rußland vor 1917, die Demokratie noch nicht Wurzeln geschlagen hatte, so erschien es fast unvermeidlich, daß der russische «Einfluß» zur Aufrichtung von kommunistischen Diktaturen führte.

Aber Moskau setzte sich größere Ziele. Es begnügte sich nicht mit freundlichen Regierungen in souveränen Staaten. Es verwandelte diese souveränen Staaten — Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland, ja selbst das fernegelegene Albanien — in Kolonien oder Provinzen oder Vasallenstaaten. Die drei baltischen Staaten wurden ohne Zwischenstufen der Sowjetunion einverleibt, und in den anderen Staaten wurden Regierungen eingesetzt, die faktisch von der Moskauer Regierung ernannt wurden; kein Minister in Ungarn, Polen oder Rumänien könnte auch nur ein Tag länger in seinem Amte verbleiben, der das Vertrauen der Männer des Kremls verloren hat. Den Ländern in der russischen «Einflußsphäre» ist natürlich, wie der Sowjetukraine, ein

¹ Zu diesen Ausführungen Braunthals ist zu bemerken, daß die *schweizerische* Sozialdemokratie auf dem Boden nicht des Atlantikpaktes, sondern der traditionellen schweizerischen *Neutralität* steht. Was die sozialdemokratischen Parteien anderer europäischer Staaten anbelangt, so haben sie dem Atlantikpakt zugestimmt in der Annahme, daß er nur im Falle eines russischen *Angriffs* als Instrument der *Verteidigung* in Funktion treten solle, keineswegs aber «im Kriegsfall» schlechthin.

gewisses Maß nationaler Autonomie und ein gewisser administrativer Spielraum eingeräumt. Aber sie haben aufgehört, souveräne Staaten zu sein, obwohl sie, wie die Sowjetukraine, als souveräne Mitglieder der Vereinten Nationen auftreten. Ihre Außenpolitik, ihre Militärpolitik, ihre innere Politik, ihre Wirtschafts- und Kulturpolitik, ja selbst ihre Ideologie wird praktisch von der russischen Regierung diktiert.

Es kann und soll nicht bestritten werden, daß Rußland in die Staaten, die in ihre Einflußsphäre gerieten, die soziale Revolution getragen hat: überall dort wurden Adel, Großgrundbesitzer und Kapitalisten enteignet, die Latifundien unter landarmen Bauern aufgeteilt und die industriellen Produktionsmittel und Rohstoffquellen in Staatseigentum übergeführt.

Aber gleichzeitig wurde offenbar, daß eine soziale Revolution unter kommunistischer Führung zu einem Instrument der russischen imperialistischen Expansion wird. Eine soziale Revolution, die nicht zur völligen Unterwerfung der revolutionären Staaten unter die Herrschaft der russischen Regierung führt, wird von der Sowjetunion nicht anerkannt.

Den überzeugenden Beweis für diese Theorie hat nicht allein Rußlands feindselige Haltung gegenüber Großbritannien, das unter einer Arbeiterregierung eine soziale Revolution eingeleitet hat, sondern haben noch ungleich eindrucksvoller die Schicksale der Tschechoslowakei und Jugoslawiens demonstriert.

Die tschechoslowakische Republik ist in ihrer sozialen, ökonomischen und kulturellen Struktur kein «rückständiges» Land wie etwa Ungarn, Rumänien oder selbst Polen; sie ist ein hochentwickeltes Industrieland mit einer alten, reichen Kultur und tiefverwurzelten demokratischen Traditionen. Auch drohten Rußland von der Tschechoslowakei keine Gefahren für seine Sicherheit. Gefühle der Feindschaft gegen Rußland hat das tschechische Volk niemals gekannt; seit dem all-slawischen Kongreß in Prag im Jahre 1848 blickten die tschechischen Nationalisten mit brüderlicher Sympathie nach Moskau. Überdies ist das Schicksal der wiedererstandenen tschechischen Republik mit dem Rußlands unauflöslich verkettet. Die Tschechen hatten durch die Austreibung von drei Millionen Deutschen einen Abgrund zwischen Deutschland und ihrem Staate aufgerissen; nur im Bündnis mit Rußland konnte die tschechische Republik Sicherheit gegen ein Neuaufleben einer deutschen Gefahr finden. Keine Mächtekombination ist denkbar, die die Tschechoslowakei in ein antirussisches Lager treiben könnte.

In diesem Lande vollzog sich eine soziale Revolution in den Formen der Demokratie. In voller Freiheit — Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, politischer Organisationsfreiheit — hat das tschechische Volk einer Koalition von Parteien der sozialen Revolution die Macht gegeben, und diese Koalition hat ihr vor den Wahlen verkündetes Programm sozialer Umwälzungen tatsächlich durchgeführt. Die Tschechoslowakei war vor dem kommunistischen Putsch im Februar 1948 bereits eine sozialistische Republik: das Bankwesen, die Bergwerke, die Stahlhütten und alle industriellen Betriebe mit mehr als 200 Arbeitern waren in Staatseigentum übergeführt worden, der Großgrundbesitz unter landarmen Bauern aufgeteilt, das gesamte Wirtschaftsleben einer staatlichen Planökonomie unterworfen und die Tore der Universitäten und höherer Lehranstalten der Jugend der Arbeiter und Bauern geöffnet.

Diesem sozialistischen Regime drohte vom Inneren keine ernsthafte Gefahr, denn es wurde von der Mehrheit des Volkes getragen: den Sozialdemokraten, Kommunisten und tschechischen Nationalsozialisten — ein aufrichtig demokratischer, sozial-radikaler Flügel der tschechischen Intellektuellen und des tschechischen Kleinbürgertums — und die Landreform hatte der Koalition auch große Bauernmassen zugeführt; auch war der Staats-

apparat, vor allem die Armee und die Polizei, ein zuverlässiges Instrument gegen eine Konterrevolution.

Aber die tschechoslowakische Republik war ein souveräner Staat geblieben; trotz denkbar innigster Freundschaft mit Sowjetrußland behielt sie sich die Freiheit vor, in den großen Lebensfragen des Volkes nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Als zum Beispiel die Tschechoslowakei eingeladen wurde, sich der europäischen Organisation des Marshallplans einzugliedern, entschloß sich die tschechische Regierung (mit Zustimmung ihres kommunistischen Koalitionspartners) die Einladung zu akzeptieren.

Die Moskauer Regierung lehnte jedoch den Marshallplan ab, und zwang die Prager Regierung, ihren Entschluß zu widerrufen. Bald darauf kam der kommunistische Putsch, und die Prager Regierung kann nun nicht mehr nach eigenem Ermessen in den großen Fragen der Politik handeln; sie ist den Instruktionen der Moskauer Regierung unterworfen. Die tschechoslowakische Republik ist heute faktisch — wie die Sowjetukraine — eine russische Provinz.

Wie es hingegen der Tschechoslowakei ergangen wäre, hätte sie ihre staatliche Unabhängigkeit und Souveränität gegen die Moskauer Regierung zu behaupten versucht, lehrt das Schicksal Jugoslawiens. Die jugoslawische Republik ist in ihrer politischen Organisation, in ihrer wirtschaftlichen Struktur und in ihrer Ideologie ein durchaus kommunistischer Staat — wie etwa Georgien und Aserbeidschan. Würde die Diktatur Titos von einem stalinistischen Putsch gestürzt werden, würde sich nichts im sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Gefüge dieses Staates ändern. Aber die jugoslawische Regierung war dem Irrtum verfallen, daß sie die Regierung eines souveränen Staates und nicht eine Agentur oder Statthalterschaft der Moskauer Regierung sei — ein gleichberechtigter Bündnispartner in der Freundschaftsallianz mit Rußland, und nicht ein Regierungsorgan der Moskauer Behörden. Dieses Mißverständnis wurde bald bereinigt. Da sich die jugoslawische Regierung in Verkennung der stalinistischen Theorie der Souveränität kommunistischer Staaten der Gehorsampflicht gegenüber der russischen Regierung widersetzt und sich geweigert hat, die jugoslawische Republik freiwillig in das russische Imperium einzugliedern, wird sie von Rußland und seinen Vasallen als eine «faschistische» Feindesmacht behandelt, wirtschaftlich blockiert und mit Invasion und Krieg bedroht.

Dies waren die Erfahrungen, die zur Überzeugung der großen Mehrheit westeuropäischer Sozialisten führten, daß eine Allianz mit dem kapitalistischen Amerika das kleinere Übel ist als die Unterwerfung Europas unter den russischen Despotismus. Es ist die Furcht vor der russischen Expansion, die Furcht vor Fremdherrschaft, die Furcht vor der Vernichtung der staatlichen und nationalen Unabhängigkeit, die die westeuropäischen Sozialisten in das Lager des Atlantikpaktcs getrieben haben. Die Allianz mit dem kapitalistischen Amerika mag vielleicht den Prozeß des sozialistischen Umbaus Europas verlangsamen; aber sie bedroht zumindestens nicht das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Es ist ferner die Furcht vor der russischen Geheimpolizei, die Furcht vor dem Verlust aller Rechtsgarantien und der persönlichen geistigen und politischen Freiheit, die die westeuropäischen Sozialisten drängten, einer Allianz mit dem kapitalistischen Amerika zuzustimmen.

Diese imponderablen Güter — geistige und politische Freiheit und persönliche Rechtssicherheit — sind ein Erbe der westeuropäischen Zivilisation. Für die russischen, rumänischen oder ungarischen Arbeiter und Bauern waren sie niemals vorhanden; sie haben sie nicht erst in der kommunistischen Revolution verloren.

Aber für die Arbeiter und Bauern der Tschechoslowakei, Deutschlands und der Schweiz wie für die Arbeiter der westeuropäischen Staaten waren dies sehr reale Güter, vergleichbar der Luft, von der allein man freilich nicht leben kann, aber ohne die man gleichfalls elend zugrunde gehen muß. Diese Güter sind vor allem für Sozialisten unerläßliche Wesenselemente des Sozialismus — jener großen Idee der Befreiung der Menschheit von jeglicher materiellen, politischen und geistigen Knechtschaft, denn die Idee der Gleichheit kann ihre Erfüllung nur in der Atmosphäre der Freiheit finden.

In den Ländern des traditionellen Despotismus hat die russische Diktatur, was nicht bestritten werden kann, eine revolutionär-progressive Funktion erfüllt, weil sie die Klassen des arbeitenden Volkes aus tiefster sozialer Erniedrigung emporgehoben, die Besitzungleichheit eliminiert und das Besitzmonopol zerbrochen hat.

Für die Länder der traditionellen Demokratie jedoch verkörpert heute Rußland eine gigantische reaktionäre Gefahr, denn diese ungeheure politische und militärische Macht bedroht nun freie Völker mit einem System totaler Versklavung. Es verkleidet sich in der faszinierenden Phrase als «Diktatur des Proletariats», und es beschwört den Geist von Karl Marx herauf, der sie zum erstenmal formulierte. Aber wie Marx sie verstand, hat er selbst eindeutig erklärt. Er sah in der Diktatur der Bourgeoisie, nicht in der Demokratie, die Antithese zur Diktatur des Proletariats, und er sah sie verkörpert in der Pariser Kommune von 1871, die auf den demokratischen Grundlagen des allgemeinen Wahlrechts, der Vielzahl der Parteien und dem Prinzip der Majorität beruhte — mit dem Recht der Abberufung von Abgeordneten und ihrer Neuwahl. «Nichts könnte dem Geist der Kommune fremder sein, als die Ersetzung des allgemeinen Wahlrechts durch eine hierarchische Investitur», schrieb Marx in seinem «Bürgerkrieg in Frankreich». Und nichts könnte dem Geiste von Marx fremder sein, als eine Gesellschaftsordnung, die Geistesfreiheit nicht duldet und die ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes nicht kennt.

Wäre die Theorie der Kommunisten richtig, daß die Menschheit nur durch eine kommunistisch geführte «Diktatur des Proletariats» zum Sozialismus gelangen könne, dann würde das ganze Gedankengut von Karl Marx als ein kolossaler Irrtum zusammenbrechen. Denn die Erfahrung, die aus einer dreißigjährigen Herrschaft der kommunistischen «Diktatur des Proletariats» gewonnen werden konnte, zeigt, daß sich die «Diktatur des Proletariats» unentrinnbar zur Diktatur jener Partei entwickeln muß, die im Besitz der Macht ist, und daß die Diktatur einer Monopolpartei zwangsläufig zu einem terroristischen Despotismus ihrer Exekutive entartet. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine «hierarchische Investitur». Die Erfahrung zeigte ferner, daß die kommunistische Diktatur die kapitalistische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft zwar zu zerbrechen vermag, aber gleichzeitig die schöpferische Kraft zur Entwicklung eines sozialistischen Gemeinwesens zerstört, weil sie die Autonomie des arbeitenden Volkes vernichtet. Der Kommunismus ersetzt den Privatkapitalismus durch einen Staatskapitalismus, und das kapitalistische Lohnsystem, das den Arbeitern zumindest die bürgerlichen Freiheitsrechte läßt, durch ein System der Staatsdienstbarkeit, das alle Freiheitsrechte ausmerzt. Die Überwindung des Privatkapitalismus durch eine kommunistische Diktatur muß mit dem Verlust der fundamentalen Menschenrechte bezahlt werden — eine Ungeheuerlichkeit im Geiste von Marx.

Endlich aber lehrte die Erfahrung, daß die kommunistische Diktatur die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker mit einer despotischen Fremdherrschaft bedroht; mit der Ausnahme Jugoslawiens materialisierte sich der Prozeß der Ausbreitung des Kommunismus bisher als ein Prozeß der Expansion des russischen Reiches. Aus dieser Erfahrung

folgt, daß alle Länder, die in kommunistische Gewalt geraten, der Gefahr der russischen Herrschaft verfallen.

Nun kann die Unterwerfung Europas unter die russische Vorherrschaft kein Ziel der Sozialdemokraten sein. Sie haben stets die Vereinigung Europas in einer Föderation freier und gleichberechtigter sozialistischer Staaten unter der Führung der kulturell und wirtschaftlich höchst entwickeltsten Nationen erstrebt. Diese Idee einer sozialistischen Revolution unterscheidet sich sehr wesentlich von der Idee der kommunistischen europäischen Revolution, deren eigentliches Ziel es ist, die europäischen Völker der diktatorischen Gewalt eines Staates zu unterwerfen, der zu den kulturell und wirtschaftlich rückständigsten in Europa zählt.

Die europäischen Sozialisten haben aufrichtig eine Verständigung mit dem kommunistischen Rußland erstrebt. Sie hatten gehofft, daß der Sieg der Arbeiterpartei in England den Weg zur Verständigung öffnen würde. Sie wurden enttäuscht; Moskau wies jede Verständigung mit der englischen Arbeiterregierung zurück.

Das unvermeidliche Ergebnis dieser Entwicklung ist der Atlantikpakt. Es mag sein, daß sich die Möglichkeit einer Verständigung erschließt, wenn die militärische Schwäche Westeuropas durch den Atlantikpakt überwunden ist, denn eine Macht ohne Kriegsgewalt besitzt im machtpolitischen Denken wenig Gewicht. Auch ist es denkbar, daß sich die russischen Kommunisten zu einer Verständigung bereit finden, wenn sich der demokratische Sozialismus — wie in England — als eine schöpferische Kraft entfaltet hat und für Rußland alle Hoffnungen schwinden, Westeuropa durch eine kommunistische Durchdringung zu unterwerfen.

Der westeuropäischen Sozialdemokratie ist jedenfalls keine andere Wahl gelassen, als sich der russischen Expansion zu widersetzen: mit geistigen Waffen, solange sie allein sprechen dürfen; mit sozialistischen Werken, solange die Freiheit sozialistischen Wirkens nicht bedroht ist; mit dem Instrument der Gewalt, falls die Gewalt einer *bewaffneten Invasion* sie zu überwältigen sucht. Auch der kommunistischen Tyrannei gegenüber gilt das Wort: Lieber tot, als Sklave!

Zur Lage in Asien

Kleiner Nachtrag

In Nummer 9/1949 der «Roten Revue» berichtet Genosse Paul Furrer über das jüngst erschienene Buch eines amerikanischen Politikers zur Lage in Asien. Das Buch von Owen Lattimore: «The Situation in Asia» ist eines in einer nun schon ansehnlich langen Reihen von Zeugnissen, die beweisen daß der rapide Zusammenbruch des Systems Chiang Kai-Sheks klarsehenden Betrachtern nicht unerwartet kam, daß die Warner auch in den USA nicht gefehlt haben. Aber sie wurden überspielt — und jetzt, wo diese Nüchternen und Unbefangenen in so eklatanter Weise recht bekommen haben, ist es schon sehr spät, um noch irgend etwas am Verlauf des Geschehens zu ändern.

Einer dieser klarblickenden Warner, dem man vor allem die Genugtuung einer späten Rechtfertigung gönnen möchte, weilt nicht mehr unter den Lebenden: General *J. W. Stilwell*, einst Oberkommandierender in Burma, Bevollmächtigter Roosevelts bei Chiang Kai-Shek für Fragen der Waffen- und andern Lieferungen der USA an den Kuomintang.